Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. 8. März – Frauentag! Ausgewählte Einsichten zu Gemeinsamkeiten und Trennendem im Geschlechterverhältnis
2. Gender Pay Gap: Stillstand heißt Rückschritt
3. Arbeitslosengeld-Ausgaben 2012 bis Februar 2024
4. Ein Tabuthema: Kriminalität und Armut
5. Die Profiteure des Sterbens
6. Schutz vor US-Sanktionen: Brics kündigen digitales Zahlungssystem an
7. Wer profitiert von der militarisierten “Festung Europa” gegen Flüchtende?
8. Nachfrage nach Elektroautos sinkt deutlich – Benziner am beliebtesten
9. Sonderbericht des Bundesrechnungshofs zur Energiewende: Habeck, setzen, Sechs!
10. Lauterbach zu Corona-Regeln für Kinder: „Zum Teil zu streng“
11. Brandenburger Landtag räumt Fehler ein: Laptop- und Presseausweis-Kontrollen auf der Besuchertribüne seien “nicht üblich”
12. Investoren übernehmen Spitäler: Mehr Komplikationen
13. Lieber Leser, bitte haben Sie keine Angst!
14. Demokratieförderung ad absurdum
15. Zu guter Letzt: Neuer Abhörskandal: Küppersbusch von Russen gekauft

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **8. März – Frauentag! Ausgewählte Einsichten zu Gemeinsamkeiten und Trennendem im Geschlechterverhältnis**
   8.März – Frauentag: Ich will mich nicht weiter mit dessen Geschichte usw. aufhalten. Das überlasse ich gerne anderen.

Aber ein Video des Telegraphs gab mir zu denken. Es zeigte Putin in einer Menge. Es waren sogenannte „einfache“ Leute. Anders als die Überschrift es signalisierte, war es so, dass Frauen ihn anfassen und umarmen wollten. Sie streckten ihre Arme nach ihm aus. Kein einziger Mann machte das.
Quelle: Petra Erler

2. **Gender Pay Gap: Stillstand heißt Rückschritt**
   Es ist Equal Pay Day. Noch immer beträgt die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Niedersachsen 18 Prozent. Eine Zumutung. Um Entgeltgerechtigkeit herzustellen, muss politisch endlich mehr geschehen. Das #schlaglicht 09/2024 fordert einen Mix aus mehr Tarifverträgen, dem verstärkten Ausbau der Kinderbetreuung und dem Abbau von Fehlanreizen.
   Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht
3. **Arbeitslosengeld-Ausgaben 2012 bis Februar 2024**
   In den 12 Monaten von März 2023 bis Februar 2024 wurden von der Bundesagentur für Arbeit für das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld (SGB III) insgesamt 19,352 Milliarden Euro ausgegeben (März 2022 bis Februar 2023: 16,729 Milliarden Euro) – gemessen an den von März 2023 bis Februar 2024 durchschnittlich registrierten insgesamt 2,641 Millionen Arbeitslosen in den beiden Rechtskreisen (März 2022 bis Februar 2023: 2,447 Millionen) rechnerisch etwa 611 Euro pro Monat (März 2022 bis Februar 2023: etwa 570 Euro), gemessen an der 891.000 im Rechtskreis SGB III registrierten Arbeitslosen (März 2022 bis Februar 2023: 811.000) rechnerisch etwa 1.810 Euro pro Monat (März 2022 bis Februar 2023: etwa 1.719 Euro).
   Im Haushalt 2024 der Bundesagentur für Arbeit sind für das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld 19,830 Milliarden Euro veranschlagt – 1,819 Milliarden Euro mehr als im Haushalt 2023 (Soll 2023: 18,011 Milliarden Euro) bzw. 1,031 Milliarden Euro mehr als in 2023 ausgegeben wurden (Ist 2023: 18,799 Milliarden Euro).
   Quelle: BIAJ
4. **Ein Tabuthema: Kriminalität und Armut**
   Warum rutschen Menschen in Armut in die Kriminalität? Unsere Kolumnistin kennt etliche Beispiele und weiß: Nur die Politik kann das Problem lösen […]
   Es ist ein Tabuthema: Kriminalität im Zusammenhang mit Armut. Das wohl bekannteste Vergehen ist der Sozialbetrug. Wahrscheinlich denken Sie daran, wenn Kriminalität im Zusammenhang mir Armut genannt wird. Laut den Daten des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2022 beträgt der gesamtwirtschaftliche Schaden durch Bürgergeld-Betrug etwa 60 Millionen. Der gesamtwirtschaftliche Schaden durch Steuerhinterziehung von nicht-armutsbetroffenen Menschen beträgt dagegen 100 Milliarden Euro.
   Quelle: der Freitag

5. **Die Profiteure des Sterbens**
   Um auf der Welt wieder menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen, muss der von den USA geführte Kriegs- und Armutskapitalismus gebändigt werden.
   „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“, sagte der französische Sozialist Jean Jaurès. Man kann das Geschehen auf der Erde nicht zutreffend analysieren, ohne dabei die finanziellen Interessen mächtiger Akteure zu berücksichtigen. Ein Krieg wie jener in der Ukraine bietet doppelte Gewinnchancen. Aktionäre können zuerst an der Zerstörung, also an Waffen, verdienen und dann auch am Wiederaufbau. Nichts scheint also aus ihrer Sicht für Frieden zu sprechen, und das hunderttausendfache Leid von Kriegsopfern ist für die Profiteure kein relevantes Argument. Gleichzeitig mästet sich die Kriegswirtschaft auf Kosten anderer ökonomischer und gesellschaftlicher Bereiche, die im Gegensatz zur Rüstungsindustrie für das Wohlergehen der meisten Menschen wichtig wären
   Quelle: Werner Rügemer auf Manova

   dazu auch: **USA wirft Brot und Bomben auf Gaza**
   Die US-Regierung liefert Hilfsgüter und kritisiert Israel öffentlich. Doch im Hintergrund verkauft sie Israels Regime Waffen.
   Quelle: Infosperber

6. **Schutz vor US-Sanktionen: Brics kündigen digitales Zahlungssystem an**
   Ein weiterer Schritt in Richtung Dedollarisierung: Die Brics-Gruppe will eine Blockchain-Finanzdienstleistung entwickeln. Indien setzt auf Ölhandel.
   Die Brics-Staaten arbeiten an einer digitalen Alternative zum globalen Dollar-dominierten Zahlungssystem. Das sagte der außenpolitische Berater von Russlands Präsident Wladimir Putin, Juri Uschakow, am Dienstag in einer Pressekonferenz in Moskau, auf der er die Schwerpunkte der russischen Brics-Präsidentschaft vorstellte.
   Quelle: Berliner Zeitung
7. **Wer profitiert von der militarisierten “Festung Europa” gegen Flüchtende?**
   Mauern und Waffen für Grenzschützer. Das EU-Grenzregime wird von Rüstungsunternehmen forciert. Über Gewinner und Verlierer der Abwehr.
   Das Migrations- und Grenzregime der Europäischen Union militarisiert sich zunehmend. Die jüngste Entwicklung bei dem Versuch, den reichsten Kontinent der Welt weiter abzuschotten, ist, dass man ein Netz von Auffanglagern für Flüchtlinge und Migranten anvisiert. Dabei soll enger mit afrikanischen Ländern zusammengearbeitet werden, um gegen Asylsuchende vorzugehen.
   Quelle: Telepolis
8. **Nachfrage nach Elektroautos sinkt deutlich – Benziner am beliebtesten**

Der Markt für Elektroautos entwickelte sich im Februar deutlich rückläufig: Es konnten rund 15 Prozent weniger reine E-Autos abgesetzt werden als im Vorjahresmonat.
Die weggefallene Kaufprämie für Elektroautos macht sich weiter beim Absatz von Batterie-Pkw bemerkbar.
Quelle: WirtschaftsWoche

dazu auch: **Tesla, Klimakrise & Co.: E-Autos sind eine Lösung, nicht das Problem**
Der Sabotageakt zeigt, wie sich Mythen um E-Autos zäh halten. Auch Umweltschützer gehen dem auf den Leim. Warum das VW und Co. freut.
Quelle: Telepolis

9. **Sonderbericht des Bundesrechnungshofs zur Energiewende: Habeck, setzen, Sechs!**
Lauscht man der Bundesregierung und insbesondere dem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, so sind wir auf dem Weg in eine wunderbare neue Welt, in der alle Energie erneuerbar und sauber und außerdem auch noch bezahlbar ist. Der Bundesrechnungshof lässt diese Illusion zerplatzen.
Ein derartiger Bericht kann eigentlich kaum vernichtender sein, als das, was der Bundesrechnungshof zur Frage der Energiewende und insbesondere zur Arbeit des Bundesministers für Wirtschaft Robert Habeck und seines Ministeriums ablieferte. Alle Versprechungen, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) bezüglich der erneuerbaren Energien abzugeben pflegt, treffen nicht zu. Weder die Bezahlbarkeit noch die Funktionalität sind sichergestellt, und eine Überwachung der Umweltfolgen des Ausbaus erneuerbarer Energien lässt man lieber gleich ganz ausfallen.
Quelle: Dagmar Henn auf RT DE

dazu: **Habeck genervt: Rechnungshof-Bericht hat „nichts mit Wirklichkeit zu tun“**
Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) reagiert mit Unverständnis. „Ich sage nicht, dass wir durch sind. Aber zu sagen, die Bundesregierung tut nicht genug, die Energiepreise runterzubringen, die Energiesicherung umzusetzen, den CO2-Ausstoß zu reduzieren, ist eine erstaunliche Wahrnehmung, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat“, sagte er bei einem Besuch in Washington. Die Energiepreise sänken, betonte der Minister und die Regierung setze um, was jahrzehntelang versäumt worden sei. „Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat mächtig Fahrt aufgenommen.“ Auch Genehmigungen für den Netzausbau würden deutlich schneller

erteilt.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung Christian Reimann: *Kaum kommt Kritik, ist der federführende Bundesminister "genervt". Wie lange baucht Herr Habeck eigentlich noch, um wahrzunehmen, dass seine grüne Ideologie scheitert und sein weiteres Festhalten eine Gefahr für den hiesigen Wohlstand darstellt?*

10. **Lauterbach zu Corona-Regeln für Kinder: „Zum Teil zu streng"**
Ausgangssperren, digitaler Unterricht und eine Impfpflicht für bestimmte Gruppen: Die Corona-Politik hat die Gesellschaft polarisiert. Politiker räumen nun Fehler ein. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat Fehler der Politik während der Corona-Pandemie zugegeben. Gegenüber dem Nachrichtenmagazin Spiegel gestand er ein, dass bei den Maßnahmen für Kinder teilweise zu strikt vorgegangen wurde und Lockerungen möglicherweise etwas zu spät eingeführt wurden. […]
Trotz dieser Fehler beurteilte Lauterbach die Gesamtbilanz Deutschlands in Bezug auf die Pandemie als „sehr gut".
Quelle: Berliner Zeitung

dazu: **Führende Bundespolitiker während der Corona-Pandemie räumen Fehler ein**
Quelle: Deutschlandfunk

Anmerkung unserer Leserin E.M.: *Kleiner Anfang, aber längst nicht genug. Doch die Front weicht etwas/langsam auf.*

11. **Brandenburger Landtag räumt Fehler ein: Laptop- und Presseausweis-Kontrollen auf der Besuchertribüne seien "nicht üblich"**
Meine Presseanfrage an den Brandenburger Landtag bezüglich der letzten Corona-Ausschuss-Sitzung wurde gestern beantwortet. Die Landtagsverwaltung spricht in ihrem Schreiben von einem Missverständnis.
Quelle: Aya Velázquez
12. **Investoren übernehmen Spitäler: Mehr Komplikationen**
Wenn Investoren Gesundheitseinrichtungen kaufen, werden die Rechnungen oft teurer. Und die Patientenzufriedenheit sinkt.
Es gibt Dinge, die möchten Patienten im Spital nie erleben: Zum Beispiel, dass Chirurgen bei der Operation ein Instrument im Bauch zurücklassen, dass es nach einem Eingriff zur Wundinfektion kommt, dass sie wundliegen, dass sie stürzen, dass ihr Blutzucker gefährlich entgleist … All diese Vorkommnisse werfen ein schlechtes

Licht auf die Behandlungsqualität im Spital.
US-Gesundheitswissenschaftler haben nun untersucht, ob sich solche Vorkommnisse häuften, nachdem ein Spital von privaten Investoren gekauft wurde.
Quelle: Infosperber

13. **Lieber Leser, bitte haben Sie keine Angst!**
»Deutsche Medien dürfen sich nicht zu Putins Erfüllungsgehilfen machen«, liest man über einen Nachrichtenticker des Handelsblattes. Es handelt sich dabei um einen recht übersichtlichen Kommentar von Thomas Stölzel. Übersichtlich meint hier auch: Nicht nur an Satzzeichen, sondern ebenso inhaltlich. Der Verfasser jenes Kommentars warnt eindringlich davor, die Aussagen russischer Politiker zu drucken.
Dass sich etwa das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) »wahrscheinlich ein paar Hunderttausend Aufrufe zusätzlich« gesichert habe, bloß weil es Dimitri Medwedews Aussage, wonach Deutschland einen Krieg auf Russland vorbereite, zum Gegenstand der Berichterstattung machte, stört Stölzel. Denn damit diene man der russischen Sache.
Quelle: Overton Magazin
14. **Demokratieförderung ad absurdum**
Das von SPD und Grünen gewollte, sogenannte „Demokratiefördergesetz“ ist in der Koalition und weit darüber hinaus umstritten, weil es aus Sicht der Kritiker legitimieren soll, mit Steuergeld nichtstaatliche Initiativen dauerhaft zu finanzieren, die gegen die konkurrierende Seite des politischen Spektrums agitieren. Dass SPD und Grüne nicht nur Einseitiges, sondern auch recht Absurdes fördern, zeigt ein Beispiel, bei dem es noch dazu widersprüchliche Angaben gibt, welche Fördertöpfe angezapft werden. […]
Mit einer Pressemitteilung hat das SPD-geführte Justizministerium Niedersachsens den „Startschuss“ für das Aussteigerprogramm „ent-täuscht“ gegeben. Es wird bezahlt aus dem Programm „Demokratie leben“, aufgelegt vom grün geführten Ministerium für Frauen und für Männer, falls sie jung, alt oder Teil einer Familie sind. Auch Landesgeld soll laut der Pressemitteilung angeblich fließen.
Quelle: Norbert Häring
15. **Zu guter Letzt: Neuer Abhörskandal: Küppersbusch von Russen gekauft**
Wir enthüllen heute die große Entdeckung: Die #Bundeswehr wurde bei einem Gespräch über #Taurus-Marschflugkörper abgehört. Schön blöd. Wir hören auch mal rein und reden über die Aspekte, die bisher ignoriert wurden. Viel Spaß und gute Unterhaltung!
Quelle: Küppersbusch TV via YouTube

dazu auch: **Taurus-Leak: Über diese Aussagen wird in der Öffentlichkeit kaum**

gesprochen
In deutschen Medien wird relativ wenig über die einzelnen Aussagen und Inhalte des geleakten Audiomitschnitts, in dem sich Vertreter der Bundeswehr über Taurus-Raketen beraten, diskutiert.
Wenn über Inhalte gesprochen wird, werden meist nur kurze Zitate und Paraphrasen gebracht. Im Zentrum der Debatte steht weiterhin der Skandal der Veröffentlichung von russischer Seite und die politischen Konsequenzen daraus, nicht so sehr die Inhalte und ihre Einordnung.
Quelle: Telepolis